

**Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**

(7. - öffentliche - Sitzung am 8. März 2018)

**Beratungsthemen:**

1. a) **Unterrichtung durch die Landesregierung über den aktuellen Sachstand der Errichtung der Pflegekammer in Niedersachsen**

- b) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kammergesetzes für die Heilberufe in der Pflege**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - [Drs. 18/357](#)

**dazu: Bessere Pflege für Niedersachsen und Deutschland**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/374](#)

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung zu a) entgegen und führte darüber eine Aussprache.

Die Behandlung des Gesetzentwurfs und des Antrags unter b) stellte der Ausschuss auf Bitten der FDP-Fraktion zurück.

2. **Einführung eines europaweiten Behindertenausweises**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/361](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung des Antrags ab. Er empfahl dem Landtag, den Antrag in unveränderter Fassung anzunehmen.

*Zustimmung:* SPD, CDU, GRÜNE, FDP, AfD

*Ablehnung:* -

*Enthaltung:* -

3. **Den Missbrauch von K.O.-Tropfen verhindern**

Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 18/327](#)

Der Ausschuss begann mit der Beratung des Antrags. Er bat die Landesregierung zu dem Antrag um einen aktuellen Sachstandsbericht auch zu den Fallzahlen von Verdachtsfällen und Strafverfahren im Zusammenhang mit der Verwendung von K.O.-Tropfen und auch in Bezug auf andere Substanzen.

4. **Kinderrechte in das Grundgesetz aufnehmen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/158](#)

**hier:** Unterrichtung durch die Landesregierung über den aktuellen Sachstand

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache. Im Anschluss daran schloss er die Beratung des Antrags ab. Er empfahl dem Landtag, den Antrag in unveränderter Fassung anzunehmen.

*Zustimmung:* SPD, CDU, GRÜNE

*Ablehnung:* AfD

*Enthaltung:* FDP

5. **Beschlussfassung über den Antrag der SPD-Fraktion auf Unterrichtung durch die Landesregierung über den „Aktuellen Fortgang im Fall des Ex-Krankenpflegers Niels H.“ am 15.03.2018**

Der Ausschuss beschloss einvernehmlich, sich in der Sitzung am 15.03.2018 durch das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung sowie durch das Justizministerium über den aktuellen Fortgang im Fall des Ex-Krankenpflegers Niels H. unterrichten zu lassen.